

Gegen Anstellung von Pflegern in Servicefirmen

Verband besorgt um »diakonisches Profil«/ Gesundheitskonzern Agaplesion lagert aus

Frankfurt a.M. (epd). Das Diakonische Werk in Hessen und Nassau (DWHN) lehnt die Anstellung von Pflegekräften in ausgelagerten Servicegesellschaften ab. Dem »diakonischen Profil« sei es »nicht förderlich«, wenn in den Servicegesellschaften diakonischer Einrichtungen außer Reinigungs- und Hauswirtschaftskräften auch Personal angestellt werde, das zum »diakonischen Kernbereich« gehöre, sagte das DWHN-Vorstandsmitglied Wilfried Knapp am 19. Januar dem epd. Dazu zählte er Pflegekräfte, medizinisch-technische Assistenten und Sozialarbeiter.

Der bundesweit agierende Gesundheitskonzern Agaplesion mit Sitz in Frankfurt am Main, Mitglied im DWHN, beschäftigt dagegen nach eigenen Angaben Pflegekräfte in vier Servicegesellschaften. Dies betreffe insgesamt 160 Pflegekräfte plus rund 40 Pflegeaushilfen von insgesamt rund 5.000 Pflegekräften des Unternehmens, teilte die Pressestelle mit. Diese Mitarbeiter würden in Anlehnung an den kirchlich-diakonischen Tarif bezahlt.

Agaplesion betreibe kein Outsourcing, also das Entlassen von Mitarbeitern und die Neueinstellung in nicht tarifgebundenen Tochtergesellschaften, ergänzte das Unternehmen. Durch die Gründung von inzwischen 16 Servicegesellschaften sei der Konzern in der Lage, wichtige Dienstleistungen selbst erbringen zu können.

Für alle Servicegesellschaften ohne Tarifbindung gelte seit vergangenem Mai ein Mindestlohn von 8,55 Euro je Stunde.

Dagegen kritisierte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen im DWHN, Erhard Schleitzer, die Gründung von Servicegesellschaften. Indem diakonische Einrichtungen neue Service-Mitarbeiter über externe Firmen oder Tochterunternehmen bezögen, unterliefen sie den kirchlich-diakonischen Tarif, sagte Schleitzer, der auch Vorsitzender der ver.di-Bundesfachkommission Kirchen ist. Dies betreffe insbesondere gering qualifizierte Mitarbeiter. Neu Eingestellte würden in prekäre Arbeitsverhältnisse abgedrängt.

Die »Markus Diakonie Service und Wohnen GmbH«, eine Tochter der Frankfurter Diakonie-Kliniken, die mit 60 Prozent zu Agaplesion gehören, stellt nach ver.di-Angaben für zwei Frankfurter Altenheime sogar das gesamte Personal einschließlich der Pflegekräfte. Dort seien nur die Geschäftsführung und die Pflegedienstleitung von der Muttergesellschaft zum kirchlich-diakonischen Tarif angestellt. Die Pflegekräfte dieser Servicegesellschaft würden in Anlehnung an den kirchlich-diakonischen Tarif bezahlt, betonte der Gesundheitskonzern. Für die Mitarbeiter der übrigen Bereiche gelte der Unternehmens-Mindestlohn.

Jens Bayer-Gimm ■

Baden

Diakonische Betriebe bekennen sich zum Tarif

Karlsruhe (epd). Die diakonischen Einrichtungen in Baden wollen ihre Pflegekräfte auch in wirtschaftlich angespannten Zeiten weiterhin nach Tarif bezahlen. Dazu hätten sich die Mitgliedseinrichtungen verpflichtet, teilte der Vorsitzende des Landesverbandes und künftige Präsident der Bundesdiakonie, Johannes Stockmeier, am 13. Januar in Karlsruhe mit.

Für manche sei dies allerdings eine betriebswirtschaftliche Herausforderung, weil der Pflegemarkt härter geworden sei. Die Diakonie sei deshalb im Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden.

Das Diakonische Werk Baden hat rund 940 Mitglieder, die Träger von mehr als 3.000 Einrichtungen sind. In den Diakonie-Betrieben arbeiten den Angaben zufolge etwa

25.000 haupt- und ebenso viele nebenamtliche Mitarbeiter. lbw

Universität Witten/Herdecke

Neuer Studiengang »Innovative Pflegepraxis«

Witten (epd). Die private Uni Witten/Herdecke will im Sommersemester 2011 mit dem Bachelorstudiengang »Innovative Pflegepraxis« beginnen. Er richte sich an Pflegekräfte mit einer dreijährigen Ausbildung und mindestens zwei Jahren Berufserfahrung, teilte die Uni am 18. Januar mit. Abitur sei dafür nicht Voraussetzung.

Das Studium solle pflegewissenschaftliche Theorie mit Praxis verbinden. »Für die Pflegeeinrichtungen kann dieses Studium ein gutes Mittel sein, Fachkräfte an das eigene Haus zu binden«, sagte Christel Bienstein, Leiterin der Pflegewissenschaften. Die Akkreditierungsagentur AQAS überprüft zurzeit den Studiengang. pat

Wohlfahrtsverbände Thüringen:

»Pflegekräfte erhalten Mindestlohn«

Erfurt (epd). Die Wohlfahrtsverbände in Thüringen haben den Vorwurf von Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Grüne) zurückgewiesen, die Pflegebranche bezahle in Ostdeutschland 13.000 Pflegekräfte unter dem gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro. Die Thüringer Wohlfahrtsverbände hielten sich an die Gesetze, sagte Liga-Vorsitzender Ulf Gießmann am 12. Januar in Erfurt.

Die Zahlen der Grünen-Politikerin seien nicht nachvollziehbar, erklärte Gießmann. Das Problem sei, dass der Mindestlohn nur für Pflegekräfte gelte. Wer hauptsächlich hauswirtschaftlich arbeite, falle nicht darunter. »Das ist nicht schön, die Bundesregierung hat aber genau diese Unterscheidung offensichtlich gewollt«, betonte der Liga-Vorsitzende. pat